



GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

Gewerkschaft der Polizei • Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

Herrn
Tarek Al-Wazir
stv. Ministerpräsident
Hessische Staatskanzlei
Georg-August-Zinn-Str.1
65183 Wiesbaden

Ihr Zeichen	Ihr Schreiben	Unser Zeichen AG/rb	Datum 21.10.2014
-------------	---------------	------------------------	---------------------

Mitglied der
European Confederation
of Police (EUROCOP)

Landesbezirk Hessen
Landesvorsitzender

Andreas Grün

Wilhelmstraße 60 a
65183 Wiesbaden

Telefon
+49 (0) 611 - 99 22 7 - 0

Telefax
+49 (0) 611 - 99 22 7 - 27

E-Mail
gdphessen@t-online.de

www.gdp.de/hessen

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,

sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident Al-Wazir,

im Koalitionsvertrag von CDU / Bündnis 90/Die Grünen ist hinterlegt, dass es zu einer Änderung der hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe kommen soll.

Der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und auch Innenminister Peter Beuth haben uns in dieser Woche informiert, dass ab dem Haushaltsjahr 2015 jährlich rund 20 Millionen Euro dabei eingespart werden sollen.

Wie wir Ihnen bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten schon mitgeteilt haben, befindet sich die Polizei in Hessen in einer äußerst prekären Lage. Eine heute schon viel zu dünne Personaldecke hat zu einer enormen Arbeitsverdichtung geführt die bei gleichzeitig steigenden Anforderungen und neuen Kriminalitätsformen schon heute als grenzwertig zu bezeichnen ist.

In der Folge müssen wir beobachten, dass die Krankenstände rasant angestiegen sind und sich nach unseren Schätzungen nahe der 30 Tage Marke befinden. Besonders dramatisch ist die Zahl der sogenannten BEM - Fälle (Betriebliches Eingliederungsmanagement). Gleichzeitig wird die Zahl derer, die noch gesund sind, immer kleiner und die Gefahr, dass auch sie den Belastungen nicht mehr gewachsen sind und krank werden, immer größer.

Ein wachsendes Kriminalitätsphänomen ist die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und –beamte. Bei alltäglichen Einsatzsituationen werden unseren Kolleginnen und Kollegen beschimpft, bespuckt, beleidigt und körperlich angegriffen. Alle geschilderten Situationen hinterlassen deutliche Spuren bei unseren Polizistinnen und Polizisten. Wenn nicht aus behördlicher Sicht eingegriffen wird, auch Helfer brauchen Hilfe, summieren sich die psychischen Belastungen mit der Zeit und bedürfen zunehmend einer fachärztlichen Behandlung.

Dabei handelt es sich in den wenigsten Fällen um Dienstunfälle. Die „Anpassung der hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe“ werden dazu führen, dass die Polizistinnen und Polizisten bei der Behandlung von einsatzbelastenden Folgen nicht die ärztlichen Behandlungen erhalten, die geboten sind.

Angesichts der dargestellten sehr angespannten Lage im Polizeidienst halten wir das Vorhaben der Landesregierung, im gesundheitlichen Fürsorgebereich der Polizistinnen und Polizisten Leistungen zu streichen, für unangemessen, ungerecht und in keiner Weise nachvollziehbar.

Sehr geehrter Herr Bouffier, sehr geehrter Herr Al-Wazir, wir, die Gewerkschaft der Polizei, bitten Sie sehr zeitnah um einen Gesprächstermin, damit wir Ihnen in einem persönlichen Gespräch noch einmal unsere Gründe darlegen können, warum wir Kürzungen im gesundheitlichen Fürsorgebereich des Staates zum jetzigen Zeitpunkt als kontraproduktiv und geradezu herausfordernd halten.

Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir dieses Schreiben unseren Mitgliedern ebenfalls zur Kenntnis geben.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Grün
Landesvorsitzender